

Alles Müll, oder was?

Seit dem 1. Juli gelten in Bezug auf die Verpackung von Obst und Gemüse neue Regeln: Plastik ist dann ganz offiziell verpönt. Ein weiterer, wenn auch kleiner Schritt, die hierzulande anfallende Abfallmenge zu reduzieren.

Text **Hubert Morang** Fotos **Philippe Reuter**

Der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Das klingt einleuchtend. Dennoch ist Luxemburg nicht unbedingt ein Müllerschüler, wenn es darum geht, Müll zu vermeiden. Eine Abfallstudie aus dem Jahr 2021/22 untermauert dies mit knallharten Fakten: 163 Kilo Restmüll landeten damals pro Einwohner in der schwarzen Tonne. Dass 50 Prozent davon gar nicht dorthin gehörten, sondern hätten anderweitig verwertet werden können, ist ein Unding an sich. Aber die richtige Mülltrennung samt anhängendem Recycling scheint noch immer nicht in den Köpfen aller Menschen angekommen zu sein. Erschwert wird dieser Umstand durch die Tatsache, dass die Industrie Verpackungen produziert, die teilweise nur schwer zu recyceln sind.

Zwar wurde die Masse an Restmüll pro Kopf hierzulande zwischen 2013 und 2021 von 223 auf 163 Kilo gesenkt, doch beim Abfall insgesamt gibt es noch reichlich Luft nach oben. Vor allem bei oft überflüssigen Verpackungsmaterialien. Verpackungen sind richtige Umweltsünder, erstens weil viele Rohstoffe zur Herstellung benötigt werden – 40 Prozent der Kunststoffe und 50 Prozent des Papiers in der Europäischen Union – und zweitens weil Verpackungsabfälle auch

für Bodenverschmutzung und Abfall im Meer verantwortlich sind. Die Recyclingquoten gehen zwar in die Höhe, allerdings steigt das Abfallvolumen durch Einwegverpackungen schneller als die Wiederverwertung ihr Herr werden kann. Wenn nicht gehandelt wird, prognostiziert die EU bis ins Jahr 2030 einen zusätzlichen Anstieg der Verpackungslawine um 19 Prozent.

Grüner Kreislauf

Die EU-Kommission will auch deshalb im Rahmen des sogenannten „Europäischen Grünen Deal“ alles unternehmen, um Verpackungsmüll zu reduzieren und gleichzeitig die Wiederverwendung bzw. eine spätere Verwertung anzukurbeln. Handlungsbedarf besteht insbesondere deshalb, weil die bestehenden Regeln in den Mitgliedstaaten auf einer fast 30 Jahre alten Richtlinie beruhen. Der aktuelle Vorschlag vom Herbst 2022 sieht unter anderem vor, dass die Recyclingfähigkeit der Verpackungen verbessert werden muss und „Verbraucher bestimmte Produkte in wiederverwendbaren oder wieder befüllbaren Verpackungen, bzw. völlig verpackungsfrei erwerben können. Zu diesem Zweck enthält der Vorschlag verbindliche Ziele in Bezug auf Wiederverwendungs- →



Vom Ziel
„Zero Waste“
ist Luxemburg
noch weit
entfernt.

→ und Nachfüllsystemen sowie das Verbot bestimmter Arten unnötiger Verpackungen.“ Gemeint sind hiermit (u.a.) ausdrücklich Einwegverpackungen für Obst und Gemüse.

Hierzulande fallen pro Einwohner durchschnittlich 82 Kilogramm Verpackungsabfall pro Jahr an, weshalb die Regierung mit Gesetzen und Verordnungen gegensteuert. Noch im Januar dieses Jahres hatte Umweltministerin Joëlle Welfring erklärt, wo genau der Schuh drückt und welche Hebel angesetzt werden müssen, um dem Müllproblem beizukommen. Seit Anfang des Jahres darf in der Gastronomie, die Speisen anbietet, die vor Ort konsumiert werden, kein Einweggeschirr mehr zum Einsatz kommen. Auch ist es seit Anfang des Jahres untersagt, bei öffentlichen Veranstaltungen Einwegbestecke und Teller oder Becher aus Plastik zu verwenden. Eine Regelung, die 2025 auf alle Materialien

bei Einwegprodukten ausgedehnt werden soll. Weitere Aspekte sind Rücknahmestellen für die Verpackungen für Einzelhandelsunternehmen mit einer Fläche von mehr als 400 Quadratmetern sowie die Verpflichtung für Supermärkte mit einer Fläche über 1.500 Quadratmetern, ab 2024 Sammelinfrastrukturen für Karton, Glas und Plastik zur Verfügung zu stellen.

Ein komplexes Problem

Seit vergangenen Samstag (1. Juli) ist es aus Umweltschutzgründen verboten, frische Obst- und Gemüsesorten mit einem Gewicht unter 1,5 Kilogramm in Plastik verpackt zu verkaufen. Das Ziel der Umweltverwaltung ist klar wie Kloßbrühe: Der Handel muss weniger Abfall produzieren und dem Kunden die Möglichkeit geben, nur die wirklich benötigte Menge zu kaufen, im Idealfall in einer umweltfreundlichen Verpackungen wie zum Beispiel wiederverwendbare Mehrwegnetze.

Die Handel- und Lebensmittelbranche hatten im Vorfeld Kritik an diesem Schritt geäußert. Die „Fédération luxembourgeoise de l'alimentation et de la distribution“ (FLAD), als Teil der „Luxembourg Confederation“ (bis Mitte Juni war sie als „clc“ bekannt), monierte, dass das Verpackungsverbot für Gemüse und Obst den luxemburgischen Gegebenheiten nicht Rech-

Den gleichen Schutz wie Plastik bieten auf Zellulose basierende Folien nicht, aber sie haben den Vorteil, dass man sie in der Biotonne entsorgen kann.

Das Verbot, Gemüse und Obst in Plastik zu verpacken, ist nur ein Schritt in der Strategie der Abfallvermeidung.



nung trage. Janssen Liu von der FLAD erklärt, wo der Schuh drückt: „Dass sich Verpackungen im Großhandel ändern, ist an und für sich nichts Neues. Das gibt es seit jeher und hängt zum Beispiel von den Lieferanten oder der Ernte ab. Oder von den Supermarktketten, die merken, dass sie beim Verkauf eines Produkts, im verpackten Zustand oder lose, am wenigsten verdorbene Lebensmittel wegschmeißen müssen. Es ist allerdings ganz klar, dass loses Obst und Gemüse öfters von den Kunden angefasst wird, um zum Beispiel die Qualität zu prüfen, worunter diese Lebensmittel leiden.“

Ziel der Supermärkte sei es, anhand von Erfahrungswerten so wenig Obst und Gemüse wegzuerwerfen, wie nur möglich. Verpackungen seien nun mal ein Mittel, um die Haltbarkeit zu steigern. Es sei auch so, dass die Ketten selbst mit verschiedenen Materialien ihre eigenen Erfahrungswerte gesammelt und sich danach für oder gegen eine Verpackung entschieden hätten. „Aber, das ist jetzt alles Schnee von gestern. Es gibt jetzt eben diese Regelung und die Ketten müssen schauen, bei welchen Lieferanten sie die Produkte beziehen können, die dem Gesetz entsprechen.“

Ausreichender Schutz

Ein weiteres Problem sieht Janssen Liu in der Tatsache, dass Lieferanten so oder so weiterhin ihre Produkte verpackt anliefern werden. Und diese dann erst in den Filialen entpackt werden müssen, damit sie beim Verkauf dem neuen Gesetz entsprechen. „Eine unnötige Manipulation, die Manpower benötigt und damit die Kosten steigert. Allerdings können Supermärkte in einem durch die Inflation bedingt schwierigen Umfeld derzeit die Kosten nicht einfach zu hundert Prozent auf den Kunden abwälzen. Am Ende kann das in meinen Augen dazu führen, dass verschiedene Produkte einfach aus dem Sortiment gestrichen werden“, schlussfolgert Janssen. Es sei ein komplexes Problem.

Plastik war lange „the way to go“ der Industrie, auch weil das Material den bestmöglichen Schutz, etwa als Barriere vor Feuchtigkeit, bietet. Einen anderen Weg gehen nicht erst seit gestern solche Betriebe, die sich der Nachhaltigkeit verschrieben haben. So vertreibt Biogros zum



**Das Aufkommen
von Restmüll sinkt,
aber es bleibt noch
Luft nach oben.**

Beispiel schon seit längerem sein Obst und Gemüse in einer Zellulose-Verpackung. Marco Meutes, technischer Abteilungsleiter bei Biogros, erklärt den Werdegang folgendermaßen: „Wir haben seit jeher versucht, weg von Verpackungsmaterialien aus fossilen Ressourcen für Obst und Gemüse zu kommen und nutzen deshalb Materialien aus nachhaltigen Ressourcen. So haben wir zum Beispiel schon vor zwölf Jahren mit Verpackungsfilm gearbeitet, die auf Mais-Stärke basierten. Diese wurde dann aber verboten und deshalb haben wir, als das Gesetz in der Pipeline war, nach Alternativen geschaut und einen Produzenten von Zellulose-Folie gefunden. Wir haben die Entwicklungsarbeit sogar begleitet und bereits im Mai 2022 auf dieses Material umgestellt. Es funktioniert, aber man muss wissen, dass es eine recht teure Alternative ist.“

Den gleichen Schutz wie Plastik böten diese Folien nicht, aber sie würde immerhin ausreichend schützen und hätten den Vorteil, dass man sie in der Biotonne entsorgen kann. Oder besser gesagt: sollte. „Der Schwachpunkt bei diesem Material waren die Schweißnähte, da haben wir echte Pionierarbeit geleistet, bis wir ein befriedigendes Ergebnis erzielen konnten“, berichtet Meutes. Vielleicht ist es eben einfach nur wichtig „out of the box“ denken zu können, wenn man dem Müllproblem beikommen will. ■

Grüner Deal

Um dem Klimawandel und der Umweltzerstörung entgegenzuwirken setzt die Europäische Union auf den „Grünen Deal“.

Ausgegebenes Ziel ist es, den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu schaffen, die unter anderem bis 2050 ohne Netto-Treibhausgase auskommt und das Wachstum von der Nutzung der Ressourcen abkoppelt.